Deutscher Bundestag **Drucksache 16/6602** (neu)
16. Wahlperiode 10. 10. 2007

Antrag

der Abgeordneten Dr. Christian Ruck, Eckart von Klaeden, Dr. Wolf Bauer, Anke Eymer (Lübeck), Hartwig Fischer (Göttingen), Erich G. Fritz, Dr. Peter Gauweiler, Hermann Gröhe, Manfred Grund, Dr. Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg, Joachim Hörster, Anette Hübinger, Jürgen Klimke, Hartmut Koschyk, Eduard Lintner, Bernward Müller (Gera), Dr. Georg Nüßlein, Sibylle Pfeiffer, Ruprecht Polenz, Dr. Norbert Röttgen, Bernd Schmidbauer, Karl-Georg Wellmann, Willy Wimmer (Neuss), Volker Kauder, Dr. Peter Ramsauer und der Fraktion der CDU/CSU
sowie der Abgeordneten Detlef Dzembritzki, Gert Weisskirchen (Wiesloch), Niels Annen, Monika Griefahn, Dr. Reinhold Hemker, Brunhilde Irber, Johannes Jung (Karlsruhe), Hans-Ulrich Klose, Dr. Bärbel Kofler, Lothar Mark, Markus Meckel, Ursula Mogg, Dr. Rolf Mützenich, Johannes Pflug, Otto Schily, Olaf Scholz, Dr. Ditmar Staffelt, Uta Zapf, Dr. Peter Struck und der Fraktion der SPD

Deutsche Personalpräsenz in internationalen Organisationen im nationalen Interesse konsequent stärken

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Der Einfluss internationaler Institutionen auf die Innenpolitik der Staaten nimmt kontinuierlich zu. Zum Teil greifen sie immer tiefer und umfassender in unser alltägliches Leben ein. Als Beispiele sind auf globaler Ebene die Welthandelsorganisation (WTO), deren Regelsetzung und Streitschlichtung den Welthandel auf neue Grundlagen gestellt hat, und der Internationale Währungsfonds (IWF), der großen Einfluss auf die monetären Bedingungen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in Schwellenländern und Ländern der Dritten Welt hat, zu nennen. Eine überragende Rolle für Deutschland spielt die Europäische Union, die immer mehr nationale Regelungskompetenzen von den EU-Mitgliedstaaten übertragen bekommt. So sind z. B. mit der Einführung des Euro wesentliche Aufgaben der Deutschen Bundesbank von der Europäischen Zentralbank übernommen worden. Auch die OECD, die NATO und viele weitere internationale Organisationen sind zu berücksichtigen.

2. Deshalb ist es für die Mitgliedstaaten von großer Wichtigkeit, die Politik dieser Institutionen genau zu verfolgen und mitzugestalten. Die bloße Mitgliedschaft in den institutionellen Lenkungsgremien reicht hierfür nicht aus. Zum einen werden die Mechanismen und Inhalte heutiger Politikentscheidungen auf internationaler Ebene immer komplexer. Ein Wissens- und Erfahrungsschatz ist gefordert, der häufig nur in den Institutionen selbst vorhanden ist oder maßgeblich nur dort aufgebaut werden kann. Zum anderen ist man in-

nerhalb der Institutionen auf kooperationsbereite Ansprechpartner angewiesen, wenn man sich als Mitgliedstaat frühzeitig bei der Vorbereitung und Ausformulierung der Politik internationaler Organisationen einbringen will.

Dies erfordert erstens die Existenz eines Netzwerks von deutschen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in internationalen Organisationen, die im Rahmen einer umfassenden Personalstrategie der Bundesregierung an ihre internationalen Aufgaben herangeführt und während ihrer dortigen Laufbahn zielgerichtet gefördert werden, und zweitens einen Pool an deutschen Experten, die in internationalen Organisationen abgeordnet werden können.

Dem widerspricht, dass Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern und insbesondere zu seinen finanziellen Beiträgen in vielen internationalen Organisationen quantitativ und qualitativ nicht mehr oder noch nicht angemessen repräsentiert ist. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass vor allem bei globalen Organisationen wie etwa der UNO der Personalanteil nicht dem Beitragsanteil gleich gesetzt werden kann, denn sonst wären mehr als zwei Drittel der Länder dieser Welt wegen ihrer geringen Finanzkraft kaum oder gar nicht vertreten.

3. Die in internationalen Organisationen tätigen Deutschen müssen besser mit der Agenda der deutschen Politik vertraut gemacht werden. Ein regelmäßig stattfindender Dialog zwischen ihnen muss gefördert und ausgebaut werden, wobei den deutschen Vertretungen hier eine zentrale Funktion zufällt. Nur so können wir vom deutschen Humankapital in internationalen Organisationen profitieren. Das schließt auch die zu verbessernde Integration von Rückkehrern aus internationalen Organisationen und ihres Know-how ein.

   Diese Kritikpunkte gehen Hand in Hand mit der Beobachtung, dass eine systematische Personalpolitik der Bundesregierung gegenüber internationalen Organisationen nicht immer erkennbar ist. Vernünftige Reformansätze, wie z. B. die Einführung des „Spiralmodells“ in der deutschen Ministerialadministration, sind bisher im personalpolitischen Tagesgeschäft stecken geblieben.

4. Dieser Antrag schließt an den Beschluss des Deutschen Bundestages von 1998 an und entwickelt ihn weiter. Die Bundesregierung hat die vom Deutschen Bundestag 1998 beschlossenen Forderungen weitgehend umgesetzt. Die Einrichtung der informellen Staatssekretärsrunde „Deutsches Personal in internationalen Organisationen“ im Bundeskanzleramt, des Koordinators für Internationale Personalpolitik im Auswärtigen Amt und eines regelmäßig tagenden Ressortkreises unter Einbeziehung der Länder haben die innerdeutsche Koordination gestärkt. Die Einführung von Vorbereitungskursen für Tätigkeiten bei der EU und internationalen Organisationen, die Novellierung der Entsenderichtlinien und der Bundeslaufbahnverordnung, die Verbesserung der sozialen Absicherung von Rückkehrern, die Ausweitung des Programms für die Beigeordneten Sachverständigen, die alljährlich im Rahmen der Botschafterkonferenz stattfindenden Diskussionen mit den Leitern der deutschen Ständigen Vertretungen bei internationalen Organisationen („internationale Personalfragen sind Chefsache“), die Einrichtung zentraler Datenbanken über freie Stellen („Internationaler Stellenpool“) und des „Internationalen Personalpools“ für mögliche Interessenten und die Schaffung des „Carlo Schmid Programms“ für Praktikanten haben zu messbaren quantitativen und qualitativen Verbesserungen geführt.

5. Diese positiven Maßnahmen müssen aber durch eine integrierte deutsche Personalstrategie für internationale Organisationen ergänzt werden. Weiter vorhandene Defizite in der deutschen Personalpolitik gegenüber internationalen Organisationen müssen identifiziert werden. Die vorhandenen positiven Handlungsansätze sind zu einem System der Personal- und Nachwuchs-

förderung weiter zu entwickeln, das die Nutzung des Potentials der Rückkehrer (des Rückkehrerkapitals) mit einbezieht. Diesen dürfen vor allem keine beruflichen Nachteile entstehen. Am Ende müssen eine quantitativ und qualitativ angemessene deutsche Präsenz in internationalen Organisationen und eine systematische Nutzung des erworbenen Wissens über die Arbeit internationaler Organisationen stehen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. unter Einbeziehung der Länder eine langfristig angelegte deutsche Personalstrategie für eine verbesserte Positionierung deutschen Personals in internationalen Organisationen sowohl bezüglich Spitzenpositionen als auch im Hinblick auf Laufbahn- und Nachwuchsbeamte auszuarbeiten und umzusetzen. Die Förderung von deutschen Bewerbern sowohl aus dem öffentlichen Dienst als auch aus dem nicht öffentlichen Bereich soll weiter ausgebaut werden;
2. die Koordination der Internationalen Personalpolitik innerhalb der Bundesregierung weiter auszubauen, damit der zukünftige Personalbedarf und die Personalentwicklung in internationalen Organisationen fortlaufend analysiert und die Informationsgrundlage zur stetigen Aktualisierung der unter erstens erwähnten Personalstrategie geschaffen werden kann;
3. die Aufnahme auch von befristeter Arbeit in internationalen Organisationen für deutsches Personal attraktiver zu machen und eine verbesserte Reintegration zurückkehrender deutscher Bediensteter aus internationalen Organisationen zu erreichen mittels
   - einer konsequenteren Anwendung des „Spiralmodells“ im Bereich des öffentlichen Dienstes. Die Bundesregierung wird aufgefordert aufzuzeigen, welche Maßnahmen sie in diesem Zusammenhang zu ergreifen beabsichtigt, und welche Voraussetzungen für die Weiterentwicklung des Models erfüllt sein müssen;
   - einer verbesserten Durchlässigkeit zwischen öffentlichem Dienst und privater Wirtschaft. Hierzu muss angestrebt werden, dass sich insbesondere der politische und ministerielle Bereich deutlich stärker auch für solche Rückkehrer aus internationalen Organisationen öffnet, die zuvor nicht im öffentlichen Dienst tätig waren;
   - der Entwicklung eines Konzepts zur systematischeren Nutzung der Erfahrung von Rückkehrern bei der Besetzung wichtiger Inlandspositionen mit internationalem Bezug;
   - einer Überprüfung, ob durch die künftige Besteuerung von Renten in Deutschland Fälle von Doppelbesteuerung für bestimmte deutsche Personengruppen in internationalen Organisationen auftreten könnten, so dass eine entsprechende Tätigkeit für die Betroffenen künftig weniger attraktiv erscheinen würde;
4. in Zusammenarbeit mit den Ländern und deutschen Hochschulen eine Initiative zu starten mit dem Ziel, Regelstudiengänge, postuniversitäre Kurse und Praktika an deutschen Hochschulen stärker auf eine Tätigkeit in internationalen Organisationen auszurichten;
5. über das Auswärtige Amt und die Ständigen Vertretungen Deutschlands bei internationalen Organisationen und unter Beteiligung der betreffenden Ressorts ein Intranetgestütztes Netzwerk mit den Deutschen in den internationalen Organisationen aufzubauen, das die Kommunikation der deutschen Bediensteten in internationalen Organisationen untereinander, aber auch den Dialog mit der Bundesregierung und den gegenseitigen Informationsfluss

fördern soll, und über das beispielsweise Informationen zum zukünftigen Personalbedarf aus der jeweiligen Organisation abgefragt werden können;

6. das Programm für beigeordnete Sachverständige als strategisches Personalinstrument der Bundesregierung zur Erleichterung des Einstiegs deutscher Nachwuchskräfte in internationalen Organisationen deutlich auszuweiten;
7. auch bei der NATO, besonders im NATO-Rat, bei der OECD, der EU und den Vereinten Nationen (einschließlich der WHO) bei denen das Missverhältnis zwischen dem deutschen Beitragsanteil und dem Personalanteil seit Jahren wächst, auf eine bessere und hochrangige deutsche Personalpräsenz nachdrücklich zu drängen;
8. eine stärker inhaltlich ausgerichtete Schwerpunktsetzung deutscher Politik in internationalen Organisationen und europäischen Institutionen sicherzustellen, die ihrerseits Voraussetzung für eine strategisch angelegte internationale Personalpolitik ist;
9. dem Deutschen Bundestag demnächst einen Bericht und dann folgend alle zwei Jahre jeweils einen weiteren Bericht vorzulegen, in dem unter Berücksichtigung der inhaltlichen Schwerpunktsetzungen über die aktuellen Entwicklungen beim deutschen Personal in internationalen Organisationen im Vergleich zu unseren Partnerländern, bei den Rückkehrern aus internationalen Organisationen in die Bundes- oder Landesadministration, bei der Förderung des deutschen Nachwuchses für internationale Organisationen sowie beim Aufbau von Netzwerken mit Deutschen in internationalen Organisationen berichtet wird.

Berlin, 10. Oktober 2007

Volker Kauder, Dr. Peter Ramsauer und Fraktion
Dr. Peter Struck und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333